162 • Ausgabe B Nr. 80
gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 162

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 7. April 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Deutschland und Amerika.

Die Wirkungen des deutsch-amerikanischen Schriftwechsels.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 7. April.

Mit allem Vorbehalt gebe ich die Meinung eines hiesigen namhaften Politikers über den Schriftwechsel zwischen Berlin und Washington wieder, die der allgemeinen Auffassung widerspricht. Dieser Herr, der kein Deutscher ist, dessen Nationalität ich aber aus bestimmten Gründen nicht andeuten möchte, behauptet, daß die Vereinigten Staaten **neue deutsche Vorschläge in der Reparationsfrage nicht nur erwarten, sondern daß sie bereit sind, neue Vorschläge zu prüfen, falls sie ihnen annehmbar erschienen, und sie den anderen Verbündeten mit einer Empfehlung übermitteln werden.** Die Zahlung der deutschen Kriegsschulden und der Aufbau der zerstörten Gegenden sei durch den Gedankenaustausch zwischen Deutschland und Amerika nicht etwa aufgehalten, sondern gefördert worden. Amerika habe mehr Sympathie für Frankreich und könne schon aus diesem Grunde und aus Gründen der Loyalität sich nicht von seinen alten Verbündeten trennen; aber seine leitenden Männer dächten viel zu praktisch und zu christlich (dies Wort wurde gebraucht), um das deutsche Volk durch unerfüllbare Verpflichtungen ins Unglück stürzen zu lassen. Die Worte, die in der amerikanischen Antwort stehen, Deutschland müsse seine Verpflichtungen erfüllen, „so far as may be possible", könnten auch in einem für Deutschland nicht ungünstigem Sinne gedeutet werden, und am Schlusse wird gesagt, daß nicht einmal die berechtigten Wünsche der Alliierten allein erfüllt werden müssen, sondern daß auch Deutschland die Möglichkeit gegeben werden soll, „to renew hopefully its productive activities". Wenn Deutschland etwas zu der Sache zu sagen habe und ehrlich, rasch und deutlich sagen wolle, dann werde es die Ohren der amerikanischen Staatsmänner nicht geschlossen finden.

Paris, 7. April. (W. T. B.)

Stéphane Lauzanne berichtet im „Matin" aus Washington, Viviani habe gestern Washington verlassen und werde nur noch einmal nach Washington zurückkehren, um sich von Harding und Hughes zu verabschieden. Viviani werde noch 17 Tage in Amerika bleiben und die Zeit dazu benutzen, in öffentlichen Reden die Wünsche und die Dankbarkeit Frankreichs zum Ausdruck zu bringen.

Die öffentliche Meinung Italiens gegen Briand.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 7. April.

Der „Popolo Romano" beschuldigt Briand und die Pariser Presse, die amerikanische Note im Interesse ihrer antideutschen Politik sophistisch auszulegen. Italien seinerseits werde das englisch-französische Industriemonopol und die deutschen Ausfuhrabgabe niemals zugeben. Sforza könne Lloyd George und Briand erzählen und versprechen, was er wolle; er könne sogar, wie man munkle, für Oberschlesien eine Lösung vorschlagen, die sämtliche Beteiligten gegen Italien aufbringen würde. Die Wahrheit sei, daß die italienische Kammer sich einmütig gegen die Ausfuhrabgabe und den Versailler Vertrag aufsehne. Diesen absoluten Willen der Nation könne Sforza nicht vergewaltigen.

Neuwahlen in Italien.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Hans Barth.

Rom, Anfang April.

Die Mission des Kabinetts Giolitti ist beendigt. Es mußte die öffentliche Ordnung wiederherstellen, und es hat sie dank den „Fascisten" teilweise wiederhergestellt; es mußte Italien den heiß umstrittenen Adria-Frieden geben und hat in der Tat eine leidliche Lösung des Problems gefunden; es mußte den Staatshaushalt neuordnen, und es ist ihm gelungen, die hierzu unerläßliche Erhöhung des Brotpreises durchzusetzen. Der Zyklus des Kabinetts Giolitti ist geschlossen. So urteilte vor ein paar Wochen, als die Lage noch nicht geklärt war, der „Popolo Romano". Wie der „Popolo Romano", so denkt im großen und ganzen die gesamte öffentliche Meinung, nur daß sie die „Beendigung der Mission" und den „Abschluß des Zyklus" vom Kabinett auf die Kammer überträgt. Auf diese eigentlich noch so junge und doch schon so überlebte, müde, unbrauchbare Kammer, die kaum noch durch Gewaltmittel zusammenzuhalten war, die so wenig den großen Erfordernissen des Augenblicks entsprach. Noch entsinnt man sich, als wäre es gestern, unter welchen Umständen die unter Nitti geborene Kammer im November 1919 zusammentrat, wie das parlamentarische Italien im Grunde auf zwei mächtige Parteien, Rote und Schwarze, beschränkt schien; wie die unter frischem Kriegseindrucke gewählten 156 Sozialisten triumphierend zur Königssitzung erschienen, rote Nelken im Knopfloch und rote Fähnchen in den Händen — und wie sie beim Eintreten des Königs in den Saal, unter dem einstimmig feierlichen Rufe „Es lebe der Sozialismus!", in corpore die Aula verließen. Es lag über dieser Szene etwas vom Hauche des Konvents, etwas, das große historische Ereignisse ahnen ließ.

Tatsächlich entfesselte der gewaltige, der ganz unwahrscheinliche, verblüffende Wahlsieg bei den Parteien der äußersten Linken Hoffnungen und Illusionen, die sich nur allzubald in einer wenn nicht offen revolutionären, so doch rebellischen Bewegung in Ober- und Mittelitalien entluden und eine Zeitlang, insbesondere bei der Episode der Fabrikenbesetzung durch die Arbeiter, Schlimmes befürchten ließen. Die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft waren zwar in großer Ueberzahl, aber die wild entschlossenen, bolschewistischen und kommunistischen Gruppen gewannen, wie auch anderswo, die Oberhand und rissen die Masse vielfach mit. Es kam damals zu Vorgängen, die dem Bürgerkriege so verzweifelt ähnlich sahen, daß die Großindustriellen in Giolitti drangen, ihre Werkstätten durch die Artillerie säubern zu lassen. „Gut, dann fangen wir mit Ihren Fabriken an?" erwiderte der Premier der Delegation, die dies Radikalmittel vorschlug. Und Giolittis Antwort genügte, die Herren zur Vernunft zu bringen. Ebenso wie der Ministerpräsident auch die Arbeiter zur Einsicht zu bewegen verstand. Dem großen Siege Giolittis in der Frage der Fabrikenbesetzung folgte freilich eine ununterbrochene Reihe neuer sozialer Konflikte, hervorgerufen nicht etwa durch Hunger und Not, sondern durch die sich immer neu gebärende bolschewistische Agitation, die mit der Zeit einen großen Teil der italienischen Sozialisten in ihrem Sinne zu bearbeiten und für die Gewaltlehre zu gewinnen wußte. Wiederum allenthalben Tumulte, Schießereien, Ueberfälle und Unruhen. Aber siehe da: wenn die Not am größten, ist die Hilfe am nächsten. So konnten Regierung und Ordnungselemente sprechen. Die mit Kriegsende im Lande verbreitete und erstarkte Bewegung der sogenannten „Fasci", eine Art weißen Schreckens, gewann, als natürliche Reaktion auf die Ausschreitungen des roten Schreckens, derart an Kraft und rücksichtsloser Lebensenergie, daß sie mit einem Schlage das ganze öffentliche Leben zu beherrschen vermochte. Den Hunderttausenden von Kommunisten, von denen eigentlich nur wenige wirkliche Ravachol-Naturen sind, traten mit einem Male Zehntausende zu allem entschlossener, bürgerlicher Kampfnaturen entgegen, und während die ersteren sich bisher als unumschränkte Herren der Lage betrachtet hatten, wandte sich das Blättchen plötzlich. Jetzt waren es die „Fasci", diese Freischärler der Staatsordnung, meist Studenten und sonstige jüngere Elemente, die der schwer gefährdeten bürgerlichen Gesellschaft zu Hilfe kamen. Und zwar zu Hilfe kamen mit Revolvern, Handgranaten und genau denselben Mitteln, die die „anderen" bisher als ihr Privileg betrachtet hatten. Ein homöopathisches Verfahren, das in Wälde seine Früchte trug. Den Hauptanstoß zum Aufflammen der Fasci-Bewegung hatten die zahlreichen frivolen Attentate gegeben, die auf das Schuldkonto der Kommunisten fielen: die Bombenüberfälle auf ihnen verhaßte Bürger, das ganz Italien mit Entsetzen und Abscheu erfüllende Attentat zumal, dem im Rathause von Bologna während der Gemeinderatssitzung einige bürgerliche Gemeinderäte zum Opfer fielen. Jetzt setzte die Fasci-Bewegung mit unerhörter Stoßkraft ein. Wo sich Kommunisten zeigten, wurden sie gelyncht, Arbeitskammern wurden angezündet, kommunistische Redaktionen verwüstet, nach kommunistischen Ortschaften förmliche Straferpeditionen unternommen und die Gegner teils niedergeschlagen, teils an die Wand gestellt. Genau wie diese bisher mit den Bürgerlichen verfahren waren. So weit kam es, zumal nach dem infamen Bombenattentat im Mailänder Diana-Theater, daß sich in vielen Städten kein Kommunist mehr auf der Straße zeigen darf, daß kommunistische und leider auch sozialistische Abgeordnete sich nur unter starker Polizeibedeckung ins Freie wagen dürfen.

Und die Regierung? Getreu Giolittis Programm „Freiheit für alle" schaute sie dem Duell gelassen zu und schritt nur ein, wo es sich um den Schutz von Leben und Eigentum handelte — vorausgesetzt, daß es für diesen Schutz nicht zu spät war. Im Parlament fuhr Giolitti fort, sein Wiederaufbauprogramm nach Kräften durchzusetzen und sich hierbei der einen wie der anderen der beiden großen Mehr-

Weltwirtschaftsschiedsgericht.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor **Dr. Max Apt** (Berlin).

Nachdem die Wiedergutmachungsverhandlungen durch Abbruch der Londoner Konferenz auf ein totes Gleis gekommen waren, habe ich den Vorschlag zur Erörterung gestellt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands durch ein Weltwirtschaftsschiedsgericht feststellen zu lassen. Diesem Gedanken ist entgegengehalten worden, daß die Sieger ein derartiges Schiedsgericht nicht akzeptieren würden. Allein darauf kommt es meines Erachtens nicht an. Gegenüber der im Ausland verbreiteten Auffassung, daß Deutschland nicht zahlen wolle, war es nötig, einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher aller Welt beweist, daß Deutschland zahlen will. Und dazu würde die Bereitwilligkeit gehören, dasjenige zu zahlen, das ein aus wirtschaftlichen Sachverständigen zusammengesetztes Schiedsgericht entscheidet. Es ist daher zu begrüßen, daß die deutsche Regierung in ihrem inoffiziellen Memorandum, welches sie dem amerikanischen Kommissar Dresel übergeben hat, sich bereit erklärt hat, ein derartiges Schiedsgericht anzuerkennen.

Worin liegt die Schwierigkeit der ganzen Situation? Alle Welt ist darüber einig, daß die Wiedergutmachungsfrage gelöst werden muß, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ebenso im Interesse von Frankreich und England. Der Fehler der bisherigen Verhandlungsweise war der, daß die Ministerpräsidenten der früher feindlichen Staaten sich innerpolitisch festgelegt hatten. Deshalb war die Erfolglosigkeit der Londoner Konferenz von vornherein gegeben. Denn der französische Ministerpräsident Briand konnte sich in seiner Stellung nur halten, wenn er die Pariser Ziffern erreichte. Ebenso ist auch der deutsche Außenminister von innerpolitischen Strömungen abhängig. Die Frage, die gelöst werden soll, ist aber letzten Endes keine politische, sondern eine wirtschaftliche, die nur an der Hand exakter Ziffern und exakter nüchterner, realer, wirtschaftlicher Untersuchungsmethoden beantwortet werden kann. Zwar haben wiederholt Sachverständigenkonferenzen stattgefunden, aber die Sachverständigen waren nur Gutachter, die man anhören konnte oder nicht. Worauf es jetzt ankommt, ist, ein Tribunal von wirtschaftlichen Sachverständigen zu schaffen, die nicht eine gutachtliche Stellung, sondern eine richterliche Stellung erhalten. Wenn ein derartiges Tribunal geschaffen werden soll, so werden in erster Reihe die Wirtschaftsautoritäten der neutralen Staaten herangezogen werden müssen und, nach einem Friedensschluß mit Amerika, die an der Entschädigungsfrage nicht direkt beteiligten Amerikaner aufzufordern sein. Vor diesem Tribunal würden dann ein Vertreter der Alliierten und ein Vertreter Deutschlands im kontradiktorischen Verfahren die gegenseitigen Standpunkte darzulegen haben; das Weltwirtschaftsschiedsgericht würde über die zu erhebenden Beweise Beschluß zu fassen haben und die Durchführung der Beschlüsse mit möglichster Beschleunigung vornehmen. Auf diese Weise kommt man zu einem Ergebnis, welches die Interessen der Sieger in gleichem Maße wie die Interessen der Besiegten sicherstellt.

Wenn die Sieger mit Berufung auf ihr formales Recht sich weigern sollten, einem derartigen Schiedsgericht sich zu unterwerfen, so zeigen sie damit, daß sie einen Frieden nicht wollen. Trotzdem werden sie ihre ablehnende Stellungnahme auf die Dauer nicht aufrechterhalten können, weil sie durch die harte Sprache der wirtschaftlichen Notwendigkeiten genötigt sein werden, den Frieden zu wollen und den ehrenvollen Ausweg zu akzeptieren, den das Weltwirtschaftsschiedsgericht ihnen bietet.

Die Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen am Sonnabend.

Der Aeltestenrat hat beschlossen, daß der Landtag morgen keine Sitzung abhält und daß am Sonnabend die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt wird.

*

Die **Fraktionen der verschiedenen Parteien** beschäftigten sich heute mit der Antwort, die die Deutsche Volkspartei auf die Bedingungen der Sozialdemokraten gegeben hat. Die Situation ist auch jetzt noch völlig ungeklärt. Die von einer Zeitung gebrachte Meldung, daß Stegerwald Ministerpräsident werden würde, ist völlig unzutreffend. Wie wir aus Kreisen, die dem Minister nahestehen, hören, hat er überhaupt keine Neigung, wieder in die Regierung einzutreten. Er will vielmehr in erster Linie seine neue Zeitung fördern und sich mit besonderer Kraft wieder der Gewerkschaftsbewegung widmen.

Die Regierungsvermittelung im englischen Bergarbeiterstreik.

(Privatmeldung.)

London, 7. April.

Ueber die Aufnahme des Schreibens des Premierministers durch die Grubenarbeiter wird gemeldet: Nach kurzem Gedankenaustausch beschloß der Ausschuß des Grubenarbeiterbundes zu erklären, daß er bereit sei, mit Vertretern der Grubenbesitzer zu verhandeln. Ueber eine Anwesenheit der Regierungsdelegierten und Wiederaufnahme der Arbeit wurde noch nicht gesprochen. Es steht aber noch nicht fest, daß neue Verhandlungen zwischen den Grubenarbeitern und Grubenbesitzern stattfinden werden. Im letzten Augenblick teilte Lloyd George gestern abend im Unterhaus folgendes mit: „Ich bedaure sehr, daß die Sache nicht perfekt geworden ist durch den Entschluß der Grubenarbeiterorganisation. Die Föderation teilte mir mit, **daß sie sich nicht dazu entschließen kann, den Pumpenarbeitern den Auftrag zu geben, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen.** Ich habe mein möglichstes getan, heute abend noch eine Unterredung mit dem Ausschuß des Bundes zu haben. Doch zu meinem Bedauern war der Ausschuß nicht beisammen. Ich hoffe, dem Ausschuß morgen (also heute) zu begegnen und werde dann mitteilen, daß es vollständig ausgeschlossen ist, zu verhandeln, während die Gruben durch Ueberschwemmungen zugrunde gerichtet werden. Thomas, der Führer der Eisenbahner, erklärte darauf, es müsse hoch eingeschätzt werden, daß der Premierminister das Haus und das Land in die Angelegenheit einweihe. Von allen Seiten wird es geschätzt, daß er aufrichtig versucht, beide Parteien wieder zusammenzubringen. Ich bedauere, daß die Pumpenarbeiter nicht mehr in den Gruben arbeiten, und ich verstehe, daß der Premierminister an die gesunde Vernunft appelliert, damit eine gute Atmosphäre herbeigeführt werden kann für das Gelingen der Verhandlungen.

Clynes lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit darauf, daß die Frage der Pumpenarbeiter in einer gemeinschaftlichen Sitzung besprochen werden müsse. Clynes versicherte, Lloyd George habe die Sympathie der Arbeiterabgeordneten bei den Verhandlungen mit dem Ausschuß des Bergarbeiterbundes. Die Arbeiterpartei hat sich also deutlich an die Seite Lloyd Georges gestellt, und die Bemerkung Thomas ist besonders wichtig, da, **wenn die Verhandlungen jetzt scheitern, der Eisenbahnerverband sicherlich keinen Sympathiestreik erklären wird.**